

Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 08.10.2013 sowie die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 14.10.2013. Der Geschäftsführer der Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg-GmbH (EnW), Herr Weckenbrock, habe das Projekt im Kreisausschuss umfassend vorgestellt.

Abg. Otter wollte wissen, warum dieser Tagesordnungspunkt nicht im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beraten worden sei und wie man ggfls. solche Investitionen dahingehend lenken könne, dass sie im Rhein-Sieg-Kreis getätigt würden.

Der Landrat antwortete, dass es sich hier um eine reine Finanzbeteiligung handele, sich das umweltpolitische Engagement aber auf der Ebene der EnW abspiele. Auf entsprechende Bitte an den Ausschussvorsitzenden hätte hierüber aber durchaus auch der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beraten können. Die Frage eines regionalen Engagements auf diesem Sektor sei im Kreisausschuss umfangreich erörtert worden. Derzeit gebe es für die EnW nur die Gelegenheit, außerhalb des Rhein-Sieg-Kreises solche Investitionen zu tätigen. Die relativ wenigen Standorte, die im Rhein-Sieg-Kreis zur Verfügung stünden, seien bereits aufgrund der frühzeitigen Sicherung potenzieller Grundstücke durch Privatunternehmen belegt.

Abg. Dr. Fleck wies darauf hin, dass er aufgrund der Berichterstattung in der Lokalpresse von mehreren Bürgern dazu aufgefordert worden sei, hier mit „Nein“ zu stimmen. Das werde er auch tun. Hier gehe es um eine Beteiligung der EnW an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG, die Windkraftanlagen in Sachsen-Anhalt, aber nicht im Rheinland bzw. im Rhein-Sieg-Kreis, betreiben wolle.

Der Landrat verdeutlichte, dass es durchaus üblich sei, dass sich Stadtwerke deutschlandweit an solchen Anlagen beteiligten, so z. B. die Stadtwerke München an Offshoreanlagen in der Nordsee. Dies sei nichts Ungewöhnliches und gehöre zu der Unternehmensausrichtung von Stadtwerken, sich in erneuerbaren Energien zu engagieren. Wenn ein solches Engagement vor Ort nicht möglich sei, dann orientiere man sich überregional.

Abg. Dr. Fleck verwies auf die Strom-/Energiepreise, die derzeit stark in den Schlagzeilen seien. Die lokalen Energieversorger würden zurzeit die Abschlagsrechnungen für das abgelaufene Jahr versenden. Hier würden Erhöhungen von bis zu 20 % und mehr auf die Bürger zu kommen, auch aufgrund der alternativen Energien. Den Medien entnehme er, dass man über zu viel regenerative Energien verfüge. Auch Bundesumweltminister Altmaier spreche sich hiergegen aus. Zum 01.01.2014 solle die EEG-Umlage erneut steigen. Deshalb sollte man zunächst einmal das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen in Berlin abwarten und diese Entscheidung vertagen, was verantwortungsvoll wäre.

Hinweis des Schriftführers: Der im Beschlusses unter Buchstabe b) genannte Anhang 1 war der Einladung vom 04.10.2013 - Anlage 10 (Seiten 56 – 72) beigelegt.